



Krankenkassenprämien | Im Wallis werden immer mehr medizinische Leistungen genutzt. Das hat Folgen bei den Kosten

Prämien steigen im Wallis stärker als im Schweizer Durchschnitt

SITTEN | 15.60 Franken mehr muss man im Wallis 2019 für eine durchschnittliche Krankenkassenprämie ausgeben. Monatlich sind das mittlerweile 354 Franken. Noch bleibt man unter dem nationalen Mittel.

Es ist das dritte Jahr in Folge, in dem im Wallis ein höherer Anstieg der Prämien als im Schweizer Durchschnitt erfolgen muss. National steigt die Durchschnittsprämie «nur» um knapp neun Franken oder 2,4 Prozent. Dennoch bleibt die monatliche Prämie im Wallis um 18 Franken unter der durchschnittlichen Prämie in der Schweiz. «Der Anstieg der durchschnittlichen Prämie spiegelt die Entwicklung der Gesundheitskosten im Kanton wider. Die Walliser Bevölkerung wird immer urbaner und nutzt vermehrt medizinische Dienstleistungen», begründet Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten den erneut stärkeren Anstieg der Prämien im Wallis als in der übrigen Schweiz. Dass es nun gleich der höchste Prämienanstieg aller Kantone geworden ist, hat auch die Gesundheitsdirektorin nicht erwartet.

Junge Erwachsene zahlen deutlich weniger

Überraschend kommt es nicht. In den letzten Jahren sind die Kosten der obligatorischen

Krankenversicherung im Wallis überdurchschnittlich gestiegen. Den stärksten Zuwachs verzeichneten der ambulante Bereich (Zunahme von 4,8 Prozent für Konsultationen bei selbstständigen Ärzten und fast vier Prozent für ambulante Behandlungen in Spitälern und Kliniken) sowie die Langzeitpflege (Mehrkosten von 4,4 Prozent für die Pflege im Alters- und Pflegeheim sowie Pflege und Betreuung zu Hause).

Eine gute Nachricht gibt es für junge Erwachsene (19 bis 25 Jahre). Deren Prämie sinkt um durchschnittlich 31.40 Franken auf 274 Franken monatlich, das ist eine Abnahme von zehn Prozent. National sind es aber auch deutlich mehr, nämlich gut 15 Prozent tiefere Prämien. Diese Abnahme ist die Folge des Beschlusses der eidgenössischen Räte, die Risikokompensation für junge Erwachsene zu reduzieren. Die Prämie für Kinder (0–18 Jahre) erhöht sich hingegen um 3.40 Franken auf 92 Franken.

Mehr Geld für die Prämienverbilligung

Der stetige Anstieg der Krankenkassenprämien belastet die Haushaltsbudgets immer stärker. Dies gilt insbesondere für Personen und Familien in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Kinderprämien dieser Familien werden 2019 mit 60 Prozent subventio-

niert, gegenüber 50 Prozent in diesem Jahr. Um den Anstieg der Prämien etwas auszugleichen, hat der Kanton für die Prämienverbilligung 2019 ein Budget in Höhe von 192,6 Millionen Franken, die Bund und Kanton bezahlen, vorgesehen. Dies sind 12,5 Millionen mehr als im Vorjahr. Noch muss diese Erhöhung in der Dezembersonsion vom Parlament bestätigt werden.

Warnung vor höheren TARMED-Taxpunktwerten

Lösungen zur Eindämmung der Gesundheitskosten zu finden und gleichzeitig sicherzustellen, dass alle Menschen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung haben, erforderte Anstrengungen von allen Beteiligten, betont Staatsrätin Waeber-Kalbermatten.

Gefordert seien die Versicherten, Angehörige aller Gesundheitsberufe, Krankenkassen und Behörden. Als Beispiel nennt die Staatsrätin die TARMED-Taxpunktweite für 2017, die demnächst von der Regierung festgelegt werden. Krankenversicherer und Leistungserbringer konnten sich nicht einigen. Die provisorischen Tarife belaufen sich auf 0.87 Franken für Spital Wallis und die Privatkliniken sowie auf 0.82 Franken für die unabhängigen Ärzte. Die Staatsrätin



warnet vor den finanziellen Folgen einer Erhöhung: «Jeder zusätzliche Rappen des TARMED-Taxpunktwerthes, der von selbstständigen Ärzten in Rechnung gestellt wird, führt zu einem jährlichen Kostenanstieg der obligatorischen Krankenversicherung von 2,2 Millionen Franken im Wallis. Im spitalambulanten Bereich bedeutet ein Anstieg von einem Rappen eine Erhöhung der Ausgaben von 1,2 Millionen Franken pro Jahr.»

Ambulante Behandlungen fördern

Einig sind sich alle Beteiligten, dass die Förderung von ambulanten Behandlungen ebenfalls zur Gesundheitskostenkontrolle beiträgt. Das Projekt zur einheitlichen Finanzierung von Gesundheitsleistungen wäre ein Schritt in diese Richtung. Es sieht vor, dass die Kantone 25,5 Prozent zur Finanzierung der stationären und ambulanten Versorgung beitragen. Derzeit beteiligen sich die Kantone nur an der Finanzierung von stationären Spitalleistungen. «Das Wallis befürwortet dieses Prinzip», betont Waeber-Kalbermatten. Die Kantone möchten aber den ambulanten Bereich selber steuern. Und sie wollen, dass die Gesamtheit der Pflege, also auch die Pflege in Alters- und Pflegeheimen und ebenso die Pflege zu Hause, berücksichtigt werden.

«Die Sparmassnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen müssen fortgesetzt werden, insbesondere die Förderung der ambulanten Versorgung, die strikte Anwendung

der Bedarfsklausel für Leistungen», nennt die Staatsstimme Spezialisten sowie rätin weitere Massnahmen. hbi eine Volumenkontrolle der



Ungesund. Die Prämien für die Krankenversicherung steigen 2019 in keinem Kanton stärker als im Wallis.

FOTO KEYSTONE